

Danziger Zeitung.

No 6689.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerbaggasse No. 4) und auswärts bei allen Rgl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 Gr. Auswärts 1 R. 20 Gr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Neumeyer und Rud. Mosse; in Leipzig: Eugen Forst und S. Engler; in Hamburg: Hakenstein & Bogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. und die Jäger'sche Buchhandlung; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandlung.

1871.

Telegr. Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 10 1/2 Uhr Vormittags.
Paris, 21. Mai. Die „Agence Havas“ meldet: Die Regierungstruppen sind heute Nachmittag um 4 Uhr an zwei Punkten in Paris eingerückt, durch die Porte St.-Cloud beim Point du Jour und durch die Porte Montrouge. Die Wälle waren von den Insurgenten verlassen.

Angelommen 2 Uhr Nachmittags.
Paris, 21. Mai. Eine Depesche der hiesigen Regierung theilt mit, daß die Versailler Marineinfanterie Nachmittags um 3 1/2 Uhr durch die Porte St. Cloud in Paris einrückte. Eine weitere Depesche meldet Nachmittags um 5 Uhr: Die Parlamentarier flüchten auf der Porte d'Auteuil; Malakoff und Fort Montrouge sind geräumt. Berichte von 7 Uhr Abends zufolge drangen etwa zwei Regimenter durch Auteuil in Paris ein und rückten bis über den Biaduit der Gürtel-Eisenbahn hinaus vor, wobei schwacher Widerstand stattfand. Felix Phat, Grouffet und einige andere Mitglieder der Commune sind verschwunden.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 21. Mai. Die Versailler Truppen haben drei schwere Geschützbatterien errichtet, welche Auteuil beschießen. Felix Phat verlangt im „Vengeur“, daß die Beschießung abgebrochen und allen unverheirateten Leuten eine besondere Steuer auferlegt werden möge. — Das Centralcomité fordert diejenigen Grundbesitzer, welche die Stadt verlassen haben, auf, binnen 48 Stunden zurückzukehren, widrigenfalls ihre Besitztümer verpfändet werden würden. Das „Journal officiel“ veröffentlicht eine militärische Depesche ohne Datum, welche folgende Nachrichten bringt: Gegen Choisy le Roi zu hat eine erfolgreiche Reconnoissance stattgefunden. Die Insurgenten haben den Feind vom Kirchhofe von Bagneux vertrieben. Fort Montrouge hat alle Angriffe mit Erfolg abgeschlagen. Bei Nemilly steht alles gut. Die Insurgenten haben die Versailler Truppen aus Petit Vanvres vertrieben und außerdem in der Richtung auf Clamart zu Vortheile errungen.

— 21. Mai, Nachmittags. Die Insurgenten haben den Malakoff, Petit Vanvres und Grand Montrouge geräumt und wird das Einklinken der Versailler jeden Augenblick erwartet. In der Stadt herrscht große Erregung; viele Personen wurden durch Bomben getödtet.

Paris, 21. Mai. Unsere Geschützbatterien setzten das Feuer sehr lebhaft fort. Nachts wird Nachmittags hierhergebracht werden.

Reichstag.

39. Sitzung am 20. Mai.

Gesetzentwurf, betref. die Vereinigung von Elsaß und Lothringen mit dem deutschen Reiche. Die Commission hat § 1 unverändert zur Genehmigung empfohlen. Die Gebiete Elsaß und Lothringen werden mit dem deutschen Reiche für immer vereinigt. § 2 hat die Commission dahin amendirt: Die Reichsverfassung tritt in Elsaß und Lothringen am 1. Januar 1873 in Wirksamkeit; Art. 3 findet jedoch sofort Anwendung. Durch Verordnung des Kaisers mit Zustimmung des Bundesraths können einzelne Theile der Verfassung schon früher eingeführt werden. Die erforderlichen Änderungen der Verfassung bedürfen der Zustimmung des Reichstages. Die Abweichungen von der Vorlage sind durch gesperrte Schrift bezeichnet. Die Vorlage hatte den 1. Januar 1874 als Termin für das Inkrafttreten der deutschen Verfassung aufgestellt. Dadurch, daß Art. 3 derselben sofort Anwendung findet, nehmen die Elsaßer und Lothringer sofort an dem Innigen der festen Wohnsitz, Gewerbebetrieb, öffentliche Aemter, Erwerbungen von Grundstücken, Genuß der bürgerlichen Rechte Theil. § 3: Die Staatsgewalt in Elsaß und Lothringen übt der Kaiser aus. Bis zum Eintritt der Wirksamkeit der Reichsverfassung wird die Gesetzgebung vom Kaiser mit Zustimmung des Bundesraths ausgeübt. Dem Reichstage wird für diese Zeit über die erlassenen Gesetze und allgemeinen Anordnungen jährlich Mittheilung gemacht. Nach Einführung der Verfassung steht bis zur Regelung durch Reichsgesetz die Gesetzgebung auch in den Reichsgesetzgebung in den Bundesstaaten nicht unterliegenden Angelegenheiten dem Reiche zu. § 4 ist von der Commission neu zugefügt: Die Anordnungen des Kaisers bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers, der dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt. Es liegen folgende Abänderungsanträge vor: 1) Des Abg. Dunder: 1) In § 2 anstatt „1873“ zu setzen: „1872“. 2) Im zweiten Alinea des § 2 anstatt der Worte: „Durch Verordnung des Kaisers mit Zustimmung des Bundesraths“ zu setzen: „durch Reichsgesetz“. 3) In § 3 Al. 2 hinter „Bundesrath“ hinzuzufügen: „und des Reichstages“ und zugleich folgendes neue Alinea einzufügen: „In dringenden Fällen können jedoch, sofern der Reichstag nicht versammelt ist, Verordnungen vom Kaiser mit Gesetzeskraft erlassen werden. Dieselben sind aber dem Reichstage vorzulegen und treten außer Wirksamkeit, falls er diese Genehmigung nicht ertheilt.“ 4) In § 3 Al. 4 statt „Verfassung“: „Reichsverfassung“ und statt „bis zu anderweiter Regelung durch Reichsgesetz“ zu setzen: „bis zur Feststellung einer Landesverfassung für Elsaß und Lothringen durch ein Reichsgesetz“. 2) Der Abg. Schand v. Stauffenberg und Lasker: § 3. Abs. 2 zu fassen: Bis zum Eintritt der Wirksamkeit der Reichsverfassung ist der Kaiser bei Ausübung der

Gesetzgebung an die Zustimmung des Bundesraths und bei Gesetzen, welche Elsaß und Lothringen mit Anleihen oder Uebernahme von Garantien belasten, auch an die des Reichstages gebunden. Des Abg. Reichensperger (Dlp), unterstützt von der katholischen Fraction, in § 3 den Absatz 4 zu streichen und folgenden Zusatzparagraphen anzunehmen: § 3a. Nach Einführung der Reichsverfassung wird das Recht der Landesgesetzgebung und Besteuerung in den der Reichsgesetzgebung nicht unterliegenden Angelegenheiten unter Mitwirkung einer Landesvertretung ausgeübt, welche auf Grund einer, unter Zustimmung des Reichstages festzustellenden Landesverfassung für Elsaß und Lothringen gewählt werden soll. Event. nach Verwerfung dieses Antrages zu § 3 folgenden Zusatz anzunehmen: „In der ersten Session des Reichstages wird demselben der Entwurf einer Landesverfassung für Elsaß und Lothringen vorgelegt. Durch dieselbe wird insbesondere einer gewählten Landesvertretung das Recht der Mitwirkung bei der Gesetzgebung und Besteuerung in den der Reichsgesetzgebung nicht unterliegenden Angelegenheiten übertragen werden.“ 5) Des Abg. Wigard: Während der Uebergangszeit bedarf es zur Erlassung von Gesetzen des Zutritts einer gewählten Landesvertretung. Die Bildung der Landesvertretung erfolgt entweder durch allgemeine Wahlen nach Analogie des Reichswahlgesetzes oder in möglichstem Anschluß an die in Elsaß und Lothringen bestehenden Communalvertretungen. Referent Lamey: Es ist die Pflicht, die neu erworbenen Landestheile zu deutschen Ländern mit deutscher Gesinnung zu machen. Ihre Anhänglichkeit an Frankreich stammt aus der Theilnahme an einer glorreichen Revolution; wir bringen ihnen eine noch glücklichere Geschichte, deren Folgen segensreicher sein werden, wie die jener Revolution. Wir müssen die Herzen durch eine treue und ehrliche Pflichterfüllung gewinnen. Geben wir den Elsaßern eine freie Communalverwaltung; organisiren wir die Schule im Geiste der Freiheit (Beifall); dann werden wir die Pflicht erfüllen, welche die Worte „für immer“ uns auferlegen. — Abg. v. Treitschke: Wir sehen in unsern schönen Lande überall die blutigen Spuren der Franzosen von jenem Freiburger Schloßberge an, wo Ludwig XIV. seine drei Schlösser, seine Trugdeutschland, erbaute, bis herab zu den geborstenen Thürmen des Heibelberger Schlosses. Wir haben viele hundertmal mit stillem Kummer heruntergeschaut nach den Wipfeln der Bäume. Es wäre wohl verzweifelt, wenn jetzt ein Oberbairländer in solchen Worten der Freude Ausdruck gäbe darüber, wie ganz anders jetzt Alles geworden ist, wie stolz wir in die Zukunft blicken, des Gedankens froh, daß das deutsche Schwert die alten Grenzmarken zurückerobert hat. Aber ich halte es für währig, auch heute nicht abzuweichen von jenem schlichten und bescheidenen Tone, der Gott sei Dank! in diesem Hause heimisch ist. Unsere Landsleute, die heute zu uns zurückkehren, sind unter ihren alten Herren bis zum Elkel gestiegen worden mit großen pomphaften Worten. Wir wollen sie heute schon daran gewöhnen, daß die deutsche Weise der Beschäftigung in sachlicheren bescheidenen Formen sich bewegt. (Beifall.) Ich hätte die Worte gewünscht: „Die Lande werden einverleibt dem preussischen Staate.“ Die Aufgabe, diese Stämme unserm Lande wieder einzufügen, ist so groß und schwer, daß man sie nur erprobten Händen anvertrauen darf und wo ist eine politische Kraft im deutschen Reiche, die die Gabe zu germanischen Proben hat, wie das glückliche alte Preußen? Dieser Staat hat die Preußen selber dem politischen, die Kommern dem schwebischen, die Ostpreußen dem holländischen, die Rheinländer dem französischen Wesen anvertraut. Die Elsaßer sind uns nur zu fremd geworden als Mitglieder eines centralisirten fremden Staates; mit um so größerer Energie sollte man sie einzuweisen in einen deutschen Einheitsstaat, in jene festgeschlossene Kraft des preussischen Staatslebens. Und es wäre für Preußen wie für Deutschland ein Glück gewesen, wenn der Staat, der Deutschland leitet, auch in seinem Innern zahlreiche süddeutsche Elemente enthielte. Preußen muß, wenn es Deutschland verstehen und leiten soll, in seinem Innern süddeutsche Eigenart schäßen und würdigen lernen. Es ist den Generalstaaten der Niederlande so wenig gelungen wie den Voigteien der Schweizer Eidgenossen, sich auf die Dauer als lebensfähig zu erweisen. Die Einen sind geworden zu gleichberechtigten Provinzen eines Einheitsstaates, die Anderen zu Cantonen eines Staatenbundes. Wir aber treten an diese neue Provinz heran weder mit der Habgier der alten Eidgenossen, noch mit dem trüben Stolz der Holländer, sondern mit dem ehrlichen Willen, unser deutsches Wesen, die Mutterprache und ihre Dichtung, alles Herrliche der deutschen Cultur den neu gewonnenen Brüdern zu bringen. Die Aufgabe ist unsäglich schwer und ich möchte Sie darum bitten, erschweren Sie uns diese schwierige Aufgabe nicht noch durch theoretische Streitigkeiten über die Frage: was ist unitarisch, was föderalistisch? Gehen wir also kurzweg auf die Frage ein: was sollen wir thun für die Elsaßer, um sie für Deutschland zu gewinnen? Ich bin aus voller Seele einverstanden mit den Worten der Commission: wir wollen die neuen Landsleute vom ersten Augenblicke an als Deutsche behandeln und darum wollen wir ihnen von Anfang an schenken einige Grund- und Kerngedanken des deutschen Staatsrechts, die gleichsam die politische Luft bilden, darin wir leben. Zu diesen rechne ich die Monarchie. Die Elsaßer sind, wie alle Franzosen, dem Vertrauen auf den Segen der Monarchie nur allzu sehr entwachsen. Wir wollen die neuen Landsleute dadurch

ehren, daß wir ihnen geben die mächtigste und erste Dynastie, die wir besitzen, und wenn bereinst die Zeit kommt, da einige der alten Kaiserschlösser im Elsaß wieder aufgebaut werden, dann werden wir nicht zu erröthen brauchen, den Adler der Hohenzollern aufzuhängen neben dem Löwen der Hohenzollern, die heute noch Wacht halten auf der Hochkönigsburg bei Schleiffstadt. Die Monarchie aber, die laienliche Gewalt, sie soll auch alle die unveräußerlichen Rechte der Monarchie besitzen, und zu diesen rechne ich zum Mindesten das Eine, daß in dem monarchischen Staate nichts geschehen darf gegen den Willen des Monarchen. Ich rechne zum Zweiten zu diesen Grundgedanken deutschen Staatslebens die allgemeine Wehrpflicht, unser volksthümliches Heerwesen. Unser Heer ist nicht eine Macht zum Angriff, bestimmt in angemessenen Zwischenräumen ein gewisses Kapital kriegerischen Ruhmes in die Heimat zurückzubringen; es ist das Volk in Waffen, es ist die große Schule des Muthes, der Mannszucht, der sittlichen Eingebung für die gesammte Blüthe der Nation und von dieser großen Schule wollen wir die Elsaßer nicht von vornherein ausschließen. Weiter rechne ich zu den unveräußerlichen Grundgedanken des deutschen Staatslebens die ehre Freiheit unserer geistigen, namentlich unserer religiösen Bildung. Es ist in den letzten Tagen ein Schritt geschehen, eine neue Epoche der Culturgeschichte im Elsaß hat begonnen mit dem gesegneten Tage, da der gute alte preussische Schulzwang dort eingeführt wurde. Auf diesem Unterbau der Volksschule will ich dann den freien Gymnasialunterricht der Deutschen sich erheben sehen, der sich nicht bindet an die eintönigen Regeln der französischen Lycées, sondern der Persönlichkeit des Lehrers freien Spielraum läßt. Und vor allem wollen wir erstehen sehen die Hochschule des Grenzlandes. Sie soll ausgestattet werden mit einer wahrhaft königlichen Grömmth, sie soll zu einer deutschen Universität werden. Wenn heute in die reiche Zahl der Schwesern eine neue Hochschule eintreten und sich in diesem harten Wettkampfe behaupten will, so muß sie eine Eigenart besitzen, sie muß eine Persönlichkeit sein, unterschieden von allen anderen. Die eigenthümliche Kraft aber der Straßburger Universität, sie soll, wenn anders der Bundesrath einen Blick hat für deutsches Wesen, enthalten sein in der Freiheit der humanistischen Wissenschaften, nicht in den Brobstuden. Das alte Land der deutschen Humanisten, das Elsaß, soll von Neuem eine Blüthe der freien Wissenschaft in seiner Hauptstadt entstehen sehen. Damit hängt aufs engste zusammen, daß wir dem Elsaß jenen confessionellen Frieden bringen, der Deutschlands Ruhm ist, die volle Gleichberechtigung der evangelischen und katholischen Kirche. Wir sollen ferner den Elsaßern das deutsche Innigen geben, augenblicklich, unverzüglich, als einen Ertrag für das Verlorene. Dann wünsche ich, daß in kürzester Frist auch der deutsche Markt dem Elsaß geöffnet werde. Wir wünschen und fordern für Elsaß die Selbstverwaltung im deutschen Sinne, wie sie uns neulich durch den Mund des Reichskanzlers angelündigt wurde. Der Gedanke ist kühn, der Versuch mit ihr im Elsaß zu machen. Es wird manche Enttäuschung erfolgen, denn die deutsche Selbstverwaltung besteht weniger in ausgebreiteten Wahlrechten, als vielmehr in der Erfüllung der harten Pflichten des Ehrenamtes in Kreis und Gemeinde. Ich wünsche eine baldige Erwählung der Bürgermeister und Generalräthe. Aber nun lassen Sie mich eben so offen sagen, was wir den Elsaßern nicht bieten dürfen, wenn die Sicherheit des Reiches nicht erschüttert werden soll. Ich habe vor Jahren, als der Name Bismarck der verhassteste in deutschen Landen war, die große Politik unseres leitenden Staatsmannes mit voller Seele vertheidigt. Dafür darf ich heute auf die Gefahr hinweisen, die darin liegt, daß ein so ungewöhnlicher Mann an Deutschlands Spitze steht. Es ist die Weise außerordentlicher Staatsmänner, auf sich selber und ihre überlegene Kraft zu rechnen und die Institutionen sich gleichsam auf den Leib zuzuschneiden. Sie dürfen es wagen, Institutionen zu schaffen, welche unklar, verworren und schwer zu beherrschen sind. Sie denken und mit Recht: ich werde sie bewältigen können. Wir sollen aber auch an die kleinen Menschen denken, die nach Fürst Bismarck bereinst kommen werden. Ich kann es nicht über mein Gewissen bringen, als Volksvertreter gleichsam mit verbundenen Augen auf dem Schiffe zu stehen und in ein klippereiches Meer hinauszufragen, lediglich in dem Vertrauen, daß ein wetterfester Steuermann am Ruder steht. Zu diesen Klippen, zu den unerfüllbaren Wünschen im Elsaß rechne ich zunächst den Wunsch, es solle die Provinz Elsaß und Lothringen zu einem Staat umgewandelt werden. Seit Jahren kämpfen wir um Deutschlands Einheit. Einen neuen Staat zu schaffen, zu der nur allzu großen Zahl, die noch besteht, ist, da wir hart am Werke sind, die deutsche Zersplitterung zu verringern, aus drei Departements ist ein Staat neu zu bilden an der hart gefährdeten Grenze, das hieße einen Schlag führen in unserer eigenen Angeficht. (Beifall.) — Ich wünsche ferner keinen Landtag in Straßburg mit den Befugnissen des bayerischen oder württembergischen, sondern eine, zwei, drei Provinzialvertretungen. Die eigentliche Gesetzgebung soll in diesem Hause ruhen; die Elsaßer werden einst unter uns vertreten sein und können sich darauf verlassen, daß ihre Forderungen dann von uns berücksichtigt werden. Das Hauptbedenken gegen das Reichsland liegt doch offenbar darin, daß wir dort leicht einen neuen Partikularismus künstlich erziehen können. Es soll

kein Sonderleben entstehen, es soll die gebildete Jugend sich nicht daran gewöhnen, wie man bei uns daheim sagt, im Landle zu bleiben. Geben wir den Grenzländern ein selbstständiges Beamtenenthum, so würden die gebildeten Elsaßer sich gewöhnen, zu Hause zu bleiben und der deutschen sich mehr und mehr entfremden. Ich wünsche ein Beamtenenthum, das der Kaiser versehen kann unter Umständen nach den ominösen Orten Schwelm und Stallupönen (Heiterkeit). Ja wohl, m. H., das ist praktische deutsche Einheit! Das ist die Eigenthümlichkeit jeder realen politischen Größe, daß sie dem Einzelnen unter Umständen unangenehm werden kann. Wir haben einen Ueberfluß centrifugaler Elemente in Deutschland, wir wollen dafür sorgen, daß noch einige Menschenklassen vorhanden sind, welche dem gesammten Deutschland angehören. Dazu rechne ich zum ersten und selber als Vertreter der Nation und zum zweiten das Reichsbeamtenenthum, das, so Gott will, immer zahlreicher und mächtiger werden soll. Aus demselben Grunde wünsche ich ferner, daß nicht etwa eine Spielerei gemacht werde mit einem förmlichen Statthalter, einem Prinzen, der Hof halten muß. Ein solcher Prinz gehört zu den schlechtesten Beamten, weil er Hof halten muß. Es sollen ferner die Elsaßer keinen Anspruch haben, als ein Ganzes verwaltet zu werden. Ich habe einen Brief erhalten von einem der angesehensten und tüchtigsten Elsaßer, einem Manne von rein französischem Blute, der trotzdem politischen Verstand genug heftet, um die Unvermeidlichkeit der neuen Verhältnisse einzusehen und sich in sie einzuleben. Der sagt mir: Unsere größte Furcht ist diese, daß wir auf demselben Fuße behandelt werden mit den welschen Lothringern. Er sagt, hier im Elsaß, wo deutsches Blut in den Adern fließt, wird es bald möglich sein, mit Milde vorzugehen, in Lothringen hilft nur Strenge. Es würde uns verkommen, wenn man uns nach demselben Gesichtspunkte behandelte, wie diese widerhaarigen Lothringer. Wenn es wirklich so ist, dann würde es richtig sein, die Verwaltung in Berlin zu centralisiren und dann drei selbstständige Departementalbehörden zu schaffen, welche an der Wofel anders verfahren könnten als am Rhein und an der All. Ueber die Nothwendigkeit der Dictatur werden wir wohl Alle einig sein. Ich will hoffen, der Antrag, die Elsaßer schon im Herbst in dieses Haus zu berufen, wird im Hause keinen Anklang finden; er wäre eine Verhöhnung gegen die Elsaßer selber. Man soll ein Volk nicht in Versuchung führen, man soll an den politischen Verstand eines Volkes nicht Zumuthungen stellen, welche über den Durchschnitt menschlicher Kraft hinausgehen. Welche Beweggründe können es sein, die die Elsaßer jetzt schon zu einer vollkommenen Umformung bringen können? Vor wenigen Monaten haben sie Gambetta in die franz. Nationalversammlung gewählt, sie haben seitdem gelernt, daß wir nicht der Teufel sind, wofür man uns ausgegeben hat. Aber wirkliche Eingebung zu erwarten, dazu sind wir in keiner Weise berechtigt. Es können nur materialistische Gründe sein, welche jetzt schon verständliche Wahlen zu schaffen vermögen und auf eine solche Verwirrung der sittlichen Begriffe des Volkes dürfen wir es nicht ankommen lassen. Wir haben mit gutem deutschen Stolz das honapartistische Gaukelspiel des suffrage universel verschmäht. Ich bin der Meinung, mit dem Beamtenenthum, mit der wohlgeübten Maschine bürocratischer Wahlbeeinflussung hätten wir es dahin gebracht, eine starke Stimmenzahl für die Einverleibung in Deutschland herbeizurufen. Ich danke Gott, daß uns dieses unwürdige Schauspiel erspart geblieben ist (sehr richtig). Ich muß sodann noch einmal daran erinnern, daß es eine Nothwendigkeit ist, unsern Kaiser dort im Reichslande in Ehren zu halten. Wir sollen ihn nicht in die Stellung bringen, die seiner unwürdig ist, daß er Gesetze ausführen muß, gegen die er so eben selber sich ausgesprochen hat. Es ist für ein Land mit so schwachen monarchischen Traditionen eine große Gefahr, die Person des Monarchen in eine schiefe, abhängige Stellung zu bringen (Beifall richtig). Das Recht der parlamentarischen Genehmigung für Alles, was die Dictatur beschließt, wäre ein gefährliches Recht für das Elsaß. Es hieße gerabeg die Agitation gegen die Gesetze des Kaisers herausfordern, wenn jeder Elsaßer sich sagen dürfte: wir können durch den Reichstag Alles rückgängig machen, wenn wir nur tapfer schreien! Dagegen ist die Controle über das Schulwesen des Landes dem Reichstage vorzubehalten, damit nicht durch Mißgriffe der Dictatur ein neues Staatswesen dort gebildet werde, indem man die Provinz belastet. Endlich der 1. Januar 1873 als Termin für Dauer der Dictatur wird wohl Anklang finden. Handelte es sich darum, dort den Reichskanzler allein mit voller Kraft schalten zu lassen, so könnte ich einige Monate nachgeben; aber es kann nicht ausbleiben, daß die laufenden Geschäfte einigen Geheimräthen in die Hand fallen, die sich der Controle der öffentlichen Meinung entziehen und für lange Zeit ihnen eine dictatorische Gewalt einzuräumen, wäre unverantwortlich. Erweisen wir uns des Augenblicks würdig, betonen wir die Rechte des Kaiserthums und des Parlaments und rechten wir nicht um Einzelheiten, die wir anders wünschen könnten! Wir haben das Gefühl der Sicherheit, daß das Werk der Germanisirung im Elsaß gelingen wird und gelingen muß. 1815 und 1816 sagten im Rheinlande alle Beamten: man habe es mit einem dem deutschen Wesen ganz und gar entfremdeten Bastardvolke zu thun, Jahrzehnte lang mühten die Verordnungen in beiden Sprachen erscheinen u. s. w. Wer kann solches heute lesen, ohne daß ein deutsches Herz sich stolz und hoffnungsvoll

erhebt? Freilich besitzen wir heute nirgends in Deutschland eine Veranlassung, welche sich mit der Tüchtigkeit der damaligen altpreussischen auch nur entfernt vergleichen ließe. (Beifall.) Dafür aber sind wir eine Nation, die in wohlgeordnetem Wohlstand und frohender Kraft und Stärke besteht; die nicht ängstlich wartet auf die Einlösung eines Königswortes, sondern parlamentarische Rechte bereits besitzt und ausübt; die sich erhoben hat aus eigener Kraft. Dies sind hoffnungsvolle Zeichen. Das Recht der Natur, die Stimme des Blutes wird sich in Elsaß regeln, die Stimme des Blutes, die schon so viele verlorene Söhne unseres großen Vaterlandes zu unserem Reiche zurückgeführt hat. Ich sage Ihnen, der Tag wird kommen, wo der deutsche Bauer im letzten Dorfe der Vogesen sprechen wird: es ist ein Glück und eine Ehre, Bürger des deutschen Reiches zu sein! (Lebhafter Beifall.) — Abg. Wigard: Wir müssen die deutsche Bevölkerung deutsch behandeln; mit nichts ist eine absolute Monarchie, eine Dictatur eine deutsche Institution und deshalb müssen alle unsere Anstrengungen auf baldige Herstellung eines geselligen Zustandes gerichtet sein. Man muß den neuen Landen sofort dieselben Rechte gewähren, welche die übrigen deutschen Staaten besitzen. Die bloße Vertretung ihrer Bevölkerung hier im Reichstage genügt nicht, da haben sie keine Vertretung für ihre innern Angelegenheiten. Auch theile ich die Klage des Vorredners nicht, daß Elsaß und Lothringen nicht mit Preußen vereinigt sind. Ich erkenne die Geschichte, die Bedeutung, die Werte Preußens an, aber wir sind eine bundesstaatliche Vereinigung, kein Einheitsstaat, gegen den ich immer im Interesse der Freiheit kämpfen werde. — Abg. Wagoner (Neustettin): So sehr ich in wesentlichen Dingen mit v. Treitschke übereinstimme, so wenig konnte ich mich an seinem zukunftsgeräthelhaften Elsaßer Zustände begeistern. Ich glaube, der Herr geht von zwei Irrthümern aus. Erstens, daß die eroberten Lande eine tabula rasa seien, auf welche wir nur das Füllhorn unserer parlamentarischen Glücksmacherei auszusütten haben und zweitens, daß wir dort keine andere Aufgabe hätten, als eine gesetzgeberische. Wir müssen uns zunächst über den Begriff „Reichsland“ verständigen. Man hat gesagt, wir sollten die Elsaß-Lothringer als Deutsche behandeln; ich sage Ihnen, behandeln Sie sie als Elsaß-Lothringer. (Sehr gut.) Ich für mein Theil hätte es am liebsten gesehen, wenn wir den Zeitpunkt der Einführung der deutschen Verfassung den Regierungen überlassen hätten. Zwingen Sie nicht zu früh die Elsaßer zu einem engen Anschluß an Deutschland; Sie bringen dadurch von vornherein Verbitterung in das ganze Verhältnis. Treitschke hat seinen Sympathien für die Monarchie Ausdruck gegeben; ich theile sie natürlich, aber für mich ist nicht der isolirte Kaiser der Träger des monarchischen Staatsgedankens, sondern der Bundesrath, in dem sich die monarchischen Elemente ganz Deutschlands vereinigen (sehr gut!); seine Stärke ist die Stärke der monarchischen Gewalt. M. H., wodurch geben Sie die Liebe der Elsaßer zu gewinnen? Durch schöne Reden, durch gewisse nationale Perspektiven? Ich verweigere Sie, die Redlichkeit und Integrität der deutschen Beamten gewinnen die großen Massen. (Bravo.) Versprechen Sie nichts, was Sie nicht halten können und ich bitte Sie deshalb, den Regierungsentwurf anzunehmen. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst (Meppen): Der Abg. Treitschke hat uns sehr scharf davor gewarnt, Parteilichkeitsinstitutionen und einen besonderen Staat zu schaffen. Eine Definition des deutschen Staates hat er uns nicht gegeben. Ich finde in der Vorlage wie in den Commissionenbeschlüssen nichts anderes als die Bildung eines besonderen Staates. Ich bin der Ansicht, die einzige gesunde und verständige Lösung läge in der Alternative, entweder klar und offen und bestimmt einen besonderen Staat zu bilden oder das Territorium mit einem andern Staate zu vereinigen. So wie jetzt die Sache gemacht ist, verbündet sie den Begriff der Souveränität und das monarchische Prinzip und der Abg. Wagoner hatte sehr recht zu sagen, daß wird die Schraube sein, mit der man die Bundesverfassung aus den Angeln hebt. Ich bin zweifelhaft, ob wir heute überhaupt schon in der Lage sind, grundsätzliche Prinzipien für die Verwaltung von Elsaß-Lothringen zu formulieren. Darum ist es richtiger, zur Zeit nur eine provisorische Einrichtung zu treffen. Wir widerstrebt es, daß ich über die Zukunft von 1½ Millionen der gebildeten Bevölkerung Europas, ohne sie gehört zu haben, hier aburtheilen soll. Treitschke hat die Verfehlbarkeit der Beamten gewünscht. Ich halte das für eine ganz curiose Anschauung der Dinge. Das Durcheinanderwirfeln von Beamten hat mehr als irgend eine andere Maßregel in den neuen preussischen Provinzen Unzufriedenheit und Mißstimmung erregt. Treitschke hat die Eintheilung in drei Departements mit dem Verwaltungszentrum in Berlin befürwortet. Ich halte dafür, daß über diese drei Departements eine Centralstelle im Lande selbst bleiben muß; ohne das wird man die Elemente dort niemals zusammenbringen. In Preußen spricht man freilich seit einer Reihe von Jahren immer von Selbstverwaltung, und wenn man genau aufsieht, so besteht diese darin, daß die Herren in der Wilhelmstraße Alles machen. (Heiterkeit.) Von dem Abg. Wagoner ist die Schwierigkeit in der Behandlung der kirchlichen Verhältnisse hervorgehoben worden. Behandeln Sie die katholische und evangelische Kirche in Elsaß-Lothringen gar nicht! Je weniger Sie sie behandeln, desto sicherer werden Sie sie gewinnen. (Sehr richtig!) Ich verweise Sie auf England, wo als einer der ersten Grundsätze gilt, daß man nicht an den kirchlichen Dingen der Länder, die man verwalten will, rüttelt. (Rufe: Irland!) Ja, m. H., an Irland haben das die Engländer eben gelernt. (Heiterkeit.) Wir werden die Elsaß-Lothringer nur dann gewinnen, wenn wir sie als Elsaß-Lothringer in ihrer eigenen Art behandeln. — Präf. Delbrück: In Bezug auf den § 1 habe ich zunächst dem Abg. Windthorst zu erwidern. Auf die vom Vorredner empfohlene Alternative, entweder einen selbstständigen Staat zu schaffen oder das Land ohne Weiteres an einen andern Staat zu annexiren, habe ich zu erwidern: Dieser Weg wäre allerdings ein ungemein einfacher und bequemer gewesen, aber nicht zweckmäßiger. Zur Annexion gehören immer zwei, ein Staat, der annexirt wird, und ein solcher, von dem annexirt werden soll; und bei einer Annexion ist der letztere jedenfalls das Hauptbedürfnis. Wenn nun aber ein Staat nicht da war, welcher die Annexion an sich wünschte, so war damit diese Frage erledigt. Was die Frage eines selbstständigen Bundesstaates betrifft, so glaube ich nach dem, was der Abg. Treitschke hierüber geäußert hat, mich eines weiteren

Eingehens enthalten zu dürfen. Es ist ja der Reichs-Verfassung die Eigenschaft beigelegt worden, daß sie eine gewisse Elastizität besitze. Ich glaube, daß die Einfügung von Elsaß und Lothringen in das deutsche Reich geschehen kann, ohne eine Bresche in die Verfassung zu legen und ohne doch die berechtigten Forderungen und Ansprüche von Elsaß-Lothringen zu schädigen. Ich finde in der Reichsverfassung nichts ihre Grundlagen verlegendes, wenn die Organe des Reichs für Elsaß und Lothringen ein Recht der Gesetzgebung ausüben, wie sie es den Bundesstaaten gegenüber nicht haben. Der Reichstag wie der Bundesrath sind beide eine Vertretung ganz Deutschlands und befähigt, auch über andere Gegenstände ihr entscheidendes Wort zu sprechen, als die dort genannten. In der Stellung des Kaisers aber, welche dahin präcisiert ist, daß derselbe die nicht zur Gesetzgebung gehörenden Rechte als Kaiser in Elsaß und Lothringen ausübt, kann ich zwar eine Erweiterung des Rahmens der Reichsverfassung, nicht im mindesten aber einen Widerspruch mit ihren Grundsätzen erblicken. — Abg. Lasker: Wir sind nicht berufen, geschäftlich die Organisation von Elsaß und Lothringen heute zu beraten. Wir sollen und können nur das beschließen, was wir bereits heute übersehen können, und weil wir heute wenig übersehen können, deswegen trägt dieses Gesetz einen provisorischen Charakter. Ich habe mich hauptsächlich gegen den Vorwurf der Abg. Wagoner und Windthorst zu wenden, als ob wir das Gesetz benutzen wollten, um die Idee der Reichsverfassung zu verbunkeln. Ich weise diesen Gedanken durchaus zurück und halte ihn für eine ungerechtfertigte Beschuldigung. Ich habe vielmehr das Vertrauen, daß wir alle zusammenwirken wollen, dem neuen Lande nicht nur in Worten guten Rath zu geben, sondern ihm auch die beste Regierungsweise zu Theil werden zu lassen. Ueber das Provisorium als solches sind wir einverstanden. Es findet eine Meinungsverschiedenheit nur statt über die Zeitdauer desselben. Weiter wird aber noch der Einspruch erhoben, es sollen während des Provisoriums die Gesetze über Elsaß und Lothringen mit dem Reichstage vereinbart werden. Diese Art der Dictatur halte ich für absolut unzulässig. Wo nicht unsere eigenen Angelegenheiten verhandelt werden, da haben wir als Volkvertretung auch nicht das Recht unser Mandat auszuüben. Wir wollen, daß während dieser Zeit die Verwaltung allein ausgeübt werden soll durch den Kaiser, aber nicht in der Art und Weise, wie der Kaiser in der Reichsverfassung die Staatsgewalt ausübt. — Dr. Löwe: Wir sollen, was mit dem Schwert erworben ist, zu einem dauernden Besitzthum Deutschlands machen; und das können wir nicht durch Gewalt, auch nicht durch die bürokratische Maschine. Abg. Treitschke hat gesagt, wir sollten unsere Cultur, unsere Kunst und Wissenschaft in die Wagschale werfen, die der Elsaß zwischen Frankreich und Deutschland hält. Ich halte auch das für eine Illusion, jene Lande haben dafür keinen Sinn, da sie gerade in der Zeit unserer geistigen Entwicklung uns entfremdet sind. Ich gestehe, daß es eine absolute Nothwendigkeit ist, das Elsaß von Frankreich zu trennen, selbst wenn es ganz entbehrlich wäre. Das gebietet uns die Nothwehr. Abgesehen von allen staatsrechtlichen Theorien, ist es nun ein weiser Gedanke der Regierungen, die neuen Lande zu einem „Reichslande“ zu machen, weil dadurch ihre Stammeseigenheiten am besten gewahrt wird, aber es ist dringend zu wünschen, daß das Provisorium so kurz als möglich währt. Lassen Sie vor Allem die neuen Provinzen in den Reichstag sofort wählen; Sie bekommen eine Gruppe Schützöller, eine Gruppe Vertreter kirchlicher Corporationen, Sie bekommen eine Interessenvertretung, aber keine revolutionäre Propaganda und wenn der eine oder andere Deputirte eine republikanische Demonstration macht, dann werden es die anderen als einen empfindlichen Rückschlag auf die Realisirung ihrer Interessen empfinden und die Sache wird sehr bald aufhören. Herr Treitschke vertraut auf den Segen monarchischer Institutionen; ich denke, wir sehen der Regierungs- und Revolutionswirtschaft in Frankreich den Gedanken des Rechtsstaates entgegen. Ich erkenne an, daß der deutsche Beamte dem französischen eine glückliche Konkurrenz machen kann; aber wir dürfen die Mittel nur sehr vorsichtig anwenden; Elsaß ist reich an tüchtigen, namentlich an Finanz-Beamten, und ich hätte wohl gemerkt, daß die provisorische Verwaltung dieselbe mehr beschäftigt hätte als die Maires des zweiten Empires. Schließlich bedauere ich, dem Abg. v. Treitschke sagen zu müssen, daß seine Kritik unserer Arbeiten mich schwer verlegt hat (sehr gut); er hat sich von Anfang an von ihnen zurückgezogen, sonst würde er eine andere Ansicht haben (sehr richtig); ich kann ihm sagen, obgleich ich eine nicht ganz geringe Erfahrung in parlamentarischen Arbeiten habe, daß ich nie ein Parlament so eifrig, so fleißig habe schaffen und nie eins so viel erreichen sehen, wie dies Haus. Kommen die Elsaßer hierher, sie werden es auch sehen und erkennen, daß treue, ehrliche, mühsame Arbeit der rechte und einzige Weg ist, auf die wahre Höhe einer großen Nation zu gelangen. (Lebhafter Beifall links.) — Abg. v. Ruyger (Haberlehen) und v. Niegoltski erklären, sich der Abstimmung enthalten zu müssen.

§ 1 wird, abgesehen von den Herren, die erklärten, sich der Abstimmung enthalten zu wollen — mit allen gegen zwei Stimmen (Schrap und Sonnemann) angenommen.

Nächste Sitzung Montag.

Deutschland.

* Berlin, 21. Mai. Das Gesetz über die Prämienanleihen ist jetzt angenommen. Die Bevormundungsfrage hat darin einen großen Triumph gefeiert. Selbst liberale Abgeordnete, und diese eigentlich am Eifrigsten, setzten alles daran, um dem Volke, welches sie sonst so gern für mündig erklären wollen, es zu verbieten oder zu erschweren, sein Geld in Anleihen anzulegen, welche den Charakter einer Lotterie haben. So ungerechtfertigt es ist, wenn ein Staat als solcher von der Spielerei seiner Angehörigen Gewinn zieht, eben so wenig ist es von unserm Standpunkt der Achtung des freien Willens eines jeden erwachsenen Menschen aus entschieden zu mißbilligen, daß die Gesetzgebung sich herausnimmt, den Einzelnen in der freien Verfügung über sein Geld zu bevormunden, zu behüten, zu beschränken. Mit Genugthuung constatiren wir, daß eine große Anzahl selbst gemäßigt freisinniger Zeitungen entschieden Opposition gegen die von ihnen und unsern Gesinnungsgenossen Lasker, v. Hennig u. a. eingenommene Stellung zu diesem Gesetze machen. So sagt die „Befr.-Ztg.“ über die Rede Sonnemanns,

die verständigste in der ganzen Debatte: „daß er die Frage mit mehr Sachkunde und Unbefangenheit behandelt hat als irgend ein Anderer. Er ist überstimmt worden, aber nicht überlegt. Er hat nachgewiesen, daß die Prämienanleihen 1) einen sehr geringen Theil aller emittirten Anleihen bilden, etwa sechs Procent, 2) daß der Zinsverlust, welchen sie den nichtgewinnenden Darlehnern verursachen, höchst unbedeutend und jedenfalls weit geringer ist als der Verlust, den die Interessenten der Staatslotterien erleiden, 3) daß die Prämienanleihen den landesüblichen Zinsfuß nicht erhöhen, sondern im Gegentheil herabdrücken, weil sie Capitalien heranziehen, die ohne sie gar nicht mobil werden würden, und endlich 4) daß die Annahme des Gesetzes den jetzigen Zustand nicht verbessern sondern verschlimmern werde.“ Das Organ des Herrn Sonnemann in Frankfurt nennt das Gesetz über die Prämienanleihen: das Erzeugniß einer mehr oder weniger unklaren Abneigung gegen „die Uebermacht des Capitals“, die „Ausbeutung des Publikums“ durch die Börse, überhaupt einer Stimmung, welche mit socialistischen Anschauungen eine stärkere Verwandtschaft haben, als die Träger derselben selbst zugeben. Diese Stimmung ist geschickt benutzt worden von der Linken (v. Blandenburg), welche nicht mit Unrecht in diesem Gesetz den Ausgang erblickt zu einer Rückwärtsbewegung unserer gesamten wirthschaftlichen Gesetzgebung. Gewissermaßen aber hat bei dieser Geburt der Fictus Camphausen hält die Prämienanleihen für etwas moralisch durchaus Erlaubtes und wirthschaftlich Gewinnbringendes. Er will immer den Rahmen dabei hübsch selbst abschöpfen und dies ist ihm dann allerdings auch in hohem Maße gelungen. Er hat das Lotteriemonopol nicht aufzugeben brauchen, wohl aber dem Fictus ein neues Monopol für die Ausgabe von Prämienanleihen dazu erobert. Durch die Abstempelung der Ausländer bekommt er nicht nur ein hübsches Trinkgeld, sondern es wird damit auch die Bahn gebrochen für neue Börsen- und Stempelsteuern aller Art. Herr Camphausen war ehrlich oder naiv genug, das Letztere offen auszusprechen. Es hat dies gleichwohl die gegen die Prämienanleihen einmal leidenschaftlich aufgeregten Mitglieder der liberalen Partei nicht stutzig zu machen vermocht. Sie glaubten einmal gegen die Capitalmacht zu kämpfen und haben mit diesem Gesetz doch nur gearbeitet — pour le roi de Prusse.

— Wieder „B. V. C.“ hört, gilt die Anwesenheit des Fürsten Bismarck in Frankfurt für die nähere Beratung und Beschlußfassung über einen Nachtrag zum Frankfurter Frieden, dahin gehend, daß die Regierung von Frankreich sich verpflichtet, statt der stipulirten nachbezahlbaren halben Milliarden Francs anderthalb Milliarden der Kriegskostenentschädigung sofort zu bezahlen, wogegen deutscherseits die Freigabe der auf der Nordfront von Paris belegenen Forts und einige weitere Concessionen zugesagt werden müßten. — Die Vorbereitungen für den Rückmarsch der drei Armeecorps, welche zunächst aus Frankreich zurückgezogen werden sollen, sind so getroffen, daß schon am 23. d. M. damit begonnen werden kann, und zwar wird das Gardecorps den Anfang machen. Von Seiten des Kriegs- und des Handelsministers sind die Eisenbahnverwaltungen angewiesen worden, die Beförderung der Truppen möglichst zu beschleunigen, ohne jedoch den Verkehr in der Weise, wie es zu Anfang des Krieges geschah, zu stören. Man hofft, daß die Truppen bis Mitte Juni in ihren Casernsorten eingetroffen sein werden. (Verschiedenen Zeitungen wird jedoch von hier aus mitgetheilt, daß der Befehl zum Abmarsch erst nach der Rückkehr des Fürsten Bismarck ergehen soll.)

— Die Abgg. v. Bunsen, v. Bonin, Schulze, Frhr. v. Unruh-Bons, Dr. Niegoltski, v. Walldorf, unterstützt durch 135 Mitglieder aus allen Fraktionen, haben folgenden dringlichen Antrag gestellt: Der Reichstag wolle beschließen: „an den Reichszentralrat das Ersuchen zu stellen, daß bei Ausarbeitung der Vorlage eines Gesetzes, die Verwendung der französischen Kriegskostenentschädigung betreffend, auf Bildung eines Fonds Bedacht genommen werde, um daraus denjenigen Refugierten und Landwehrmännern, welche bei ihrer Heimkehr aus dem Kriege gegen Frankreich einer Ausbesserung ihrer bürgerlichen Verhältnisse bedürften, diese Ausbesserung durch Darlehen oder, wo es nöthig ist, durch einmalige Gaben zu gewähren.“

— Wie der „Allg. Ztg.“ von Straßburg aus vom 19. d. berichtet wird, sollen von der Regierung zehn Millionen Francs, und zwar vorläufig voranschaulich bewilligt worden sein, um mit dem Wiederaufbau der in Straßburg zerstörten Gebäude beginnen zu können.

— Die Corvette „Medusa“ ist nach Telegramm vom 10. Mai d. J. in Singapore angekommen und wird von dort die Rückreise via Capstadt fortsetzen.

Frankfurt a. M., 20. Mai. Heute Nachmittag fand eine mehrstündige Konferenz zwischen Bismarck, Jules Favre und Pouyer-Quertier statt. Der Aufenthalt ist, wie es heißt, auf drei Tage bemessen. (B. Z.)

Frankfurt, 20. Mai. Fürst Bismarck traf heute um 8 Uhr Morgens hier ein. Er trug die Civilianz. Sein altes Absteigequartier „Eden“ nahm ihn auch diesmal wieder auf; der Verkauf der darin enthaltenen Mobilien als Auktation war also eine der vielen Enten, die gelegentlich des Friedensschlusses hier aufgetrieben sind. Favre und Pouyer-Quertier trafen kurz nach Mittag ein. Sie begaben sich gleichfalls ihr altes Quartier im „Russischen Hof“. Präcis 2 nach 3 Uhr fuhr der Fürst, nachdem sie durch einen Mann-Offizier, als Ordonnanz des Fürsten Bismarck, benachrichtigt worden, daß derselbe zum Empfang bereit sei, zur Auswechslung der Friedensinstrumente in das Hotel „zum Schwan“. Die Auswechslung der inhaltsschweren Documente dürfte also bereits stattgefunden haben. (B. V. C.)

Lauburg i. Pom., 21. Mai. Vor einigen Tagen wurden im Lebaströme diejenigen Postbeute aufgefunden, deren Inhalt auf der Tour von Lauburg nach Leba geraubt worden ist. Es befand sich in einem derselben ein Theil der Briefe, während das Geld spurlos verschwunden ist. Die seiner Zeit angestellten sehr umfangreichen Recherchen, zu welchem Zwecke sogar ein Polizei-Commissar aus Berlin sich mehrere Wochen hier aufhielt, haben zu keinem Resultate geführt. Dem, die beraubte Post fahrenden Postillon, der, nebenbei bemerkt, 30 Jahre im Dienste war, ist nunmehr, nachdem er außer Dienst gesetzt, von der Postbehörde aufgegeben worden, die durch die Recherchen entstandenen Kosten von ca. 90 R. zu erstatten und etwa 2 des geraubten Geldes, also

ca. 2000 R. fortzuführen zu versinnen. Der Postillon hat auf gerichtliche Entscheidung angetragen und ist man auf den Ausfall der selben sehr gespannt.

München, 19. Mai. Als ein Kennzeichen der Anstalten, welche im kaiserlichen Cultusministerium bezüglich der katholischen Bewegung herrschen und in welcher Richtung die bevorstehenden Entschlüsse desselben ausfallen dürften, mag folgender Vorfall Erwähnung verdienen. Im Decanat Traunkirchen sollte vor einigen Tagen ein neuernannter Pfarrer installirt werden und waren hierzu der Decant und der Bezirksamtmann erschienen. Ersterer verlangte von dem Pfarrer die Erklärung, daß er an das Unfehlbarkeitsdogma glaube, und als derselbe sie verweigerte, erfolgte auf telegraphische Anfrage vom Erzbischof die Weisung, die Installation zu unterlassen. Aber auch der weltliche Commissar hatte durch den Telegraphen angefragt und erhielt von der Regierung den Befehl, seinerseits den Pfarrer unter allen Umständen zu installiren und in seine Pfarrei einzuführen, was denn auch trotz des bedauerlichen Protestes geschehen ist. — Rohheit und Aberglaube wetteifern täglich in dem „Bayer. Vaterland“, selten aber haben sie einen so hohen Grad erreicht, wie in der gestrigen Nummer. Daß Prof. Sanger, einer der edelsten und gelehrtesten jüngeren Männer Münchens, an den Blättern und am Typus gestorben ist, wird als „Finger Gottes“ bezeichnet, weil der Verstorbene die Adresse der Altkatholiken unterschrieben habe.

— 21. Mai, Mittags. In einer äußerst zahlreich besuchten Versammlung der Altkatholiken spricht Professor Michels so eben unter donnerndem Beifall gegen die heutige Hierarchie und ihren „Wachselbalg“, die Unfehlbarkeitslehre; er bezeichnet die Hierarchie als ein Verbrechen an Gott, Kirche und Menschheit. Hüber geißelt die Zügellosigkeit des Verfahrens des Münchener Erzbischofs gegen die Altkatholiken und weist den Vorwurf, als wollten diese die Religion umstürzen, energisch zurück. (Tel. d. B. V. C.)

Oesterreich.

Wien, 19. Mai. Wie der „Pester Lloyd“ vernimmt, soll der Minister Graf Festetics seine Demission gegeben haben und durch den Baron Bela Wentheim ersetzt werden.

Schweden.

Stockholm, 20. Mai. Der Reichstag wurde heute durch den König geschlossen. Die Thronrede giebt dem Bedauern über den Beschluß des Reichstages in der Frage der Heeresorganisation Ausdruck und kündigt an, daß im Laufe des Sommers der Reichstag zur nochmaligen Beratung dieser Angelegenheit zu einer außerordentlichen Session einberufen werden wird. Die beabsichtigte Lösung der Unionsfrage sei einstweilen aufgegeben und diese Frage werde erst dann wieder angeregt werden, wenn die naturgemäße Entwicklung der Verhältnisse die Einigung erleichtere. Die vom Reichstage beschlossene Erhöhung des Eingangszolles auf Branntwein und Spiritus mit 10 Dore (= 13 R.) pro Ranne und des Eingangszolles auf unverarbeiteten Tabak mit 3 Dore (= 4 R.) pro Pfd. werde möglichst schnell ins Leben treten, ebenso verschiedene Erhöhungen von Zöllen auf Gewürze und Süßfrüchte. (B. Z.)

England.

London, 18. Mai. Die „Morning Post“ bringt heute an hervorragender Stelle die folgende Notiz: „Mehrere Blätter haben die Abreise des Kaisers von Ghibellin gemeldet. Wir sind zu der Mittheilung ermächtigt, daß Se. Maj. noch in Cambden Place weilt. Sein Befinden hat sich jetzt bedeutend gebessert, und ihm während der letzten Tage den Empfang mehrerer Besucher gestattet, darunter den russischen Votschafter, Baron Brunnow, und den italienischen Gesandten, Cavaliere Cadorna.“ (Man scheint also den kranken Mann schon als künftigen Souverän zu behandeln.)

— 20. Mai. Das Unterhaus nahm in zweiter Lesung die Bill betreffend die Repressivmaßregeln in der Grafschaft Westmeath mit 293 gegen 11 Stimmen an. Das Einkommensteuergesetz wurde in dritter Lesung angenommen. — Der Herzog von Edinburgh ist in Plymouth angekommen. — Der Dampfer „Wilhelm III.“, welcher mit 350 Mann an Bord auf der Fahrt von Amsterdam nach Batavia begriffen war, ist unterwegs verbrannt. Der Dampfer „Scorpion“ traf mit 134 Geretteten in Portsmouth ein. Man glaubt, daß die Uebrigen durch andere Schiffe gleichfalls gerettet worden sind.

Frankreich.

* Paris, 18. Mai. In den pariser Blättern fordert der pariser Bürger Joseph zur Bildung einer Freiwilligenkavallerie von 1000 bis 1200 Mann auf, welche Thronenmörder heißen und sich der edlen Aufgabe widmen sollen, „mit allen möglichen Mitteln und gleich viel in welchem Lande, bis zum letzten Sprößling jene königlichen und kaiserlichen Geschlechter auszurotten, die über Frankreich so viel Unheil gebracht haben.“ Ein anderer Pariser Herr hat einen Preis von 200,000 Fr. für denjenigen, der Herrn Thiers lebendig nach Paris bringt, ausgesetzt. Nun die Vendome-Säule gefallen ist, bleibt der Rache des Volkes nur noch eine Aufgabe. Die Asche des großen Mörders Napoleon ist im Invaliden-Dome beigesetzt. Sie muß herausgenommen und in das Grab Traupmann's eingescharrt werden! Diesen Vorschlag macht Felix Phat im „Vengeur“. — Die communisistischen Blätter melden, daß am 18. Morgens 250 bis 300 Infanteriesoldaten in Paris unter dem Rufe: „Es lebe die Commune!“ eingezogen sind. Dieselben sollen dem 5. Regimente angehören. Diese Deserteure sollen erklärt haben, daß eine ganze Division sich weigern will, am Sturme gegen Paris Theil zu nehmen.

— Bekanntlich war das Fort Van-res von der Besatzung geräumt worden, ohne daß man zwei Tage lang wußte, was aus ihr geworden war. Man erfährt jetzt aus Paris, daß sie sich in den unterirdischen Gängen, die in die Katakomben führen, verirrt hatte, und daß sie — drei Bataillone und ein Detachement Marinesoldaten — Gefahr lief, dort zu erstickten oder zu verhungern. Ein Zufall wollte, daß die Unglücklichen von Steinbrucharbeitern gefunden wurden.

Paris, 19. Mai, Abends. Die Commune hat aus der Dreifaltigkeitskirche das Silberzeug sowie alle übrigen Kostbarkeiten an sich genommen. Gleiches soll bei allen übrigen Kirchen beabsichtigt sein, und sollte sodann alle Kirchen geschlossen werden. Das „Corps der Mäher Flourens“ ist mit dem Vollzuge aller Verhaftungen und Requisitionen beauftragt. — Mit der Beförderung der Sühnapelle Ludwig XVI. wurde heute begonnen. — Die Sitzungen des Gerichtes, welches zur Aburtheilung der Gefangenen

Redaction, Druck und Verlag von
H. M. Rasemann in Danzig,